

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Locarno und Tschitscherin.

Innenminister-Konferenz. — Die Frage der Preise. — Reichsfinanzministerium und Beamtenschaft.

Zu Hindenburgs Geburtstag. — Frankreichs Amerikaschulden: Provisorium. — Marokko, Syrien, Irak. — Ostpreußens Segelflieger Schulz auf der Krim.

Zur Preisbildung.

In der halbamtlichen Regierungsmeldung zur Preisbildung wird als einziger positiver „Erfolg“ der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbildung mitgeteilt, daß es gelungen ist, den Brotpreis in Berlin von 40 auf 35 Pfennig pro Kilogramm zu senken. Im übrigen sollen die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die Verhinderung der „Freibleibend“-Klausel, das Vorgehen gegen Kartelle, die Festsetzung von fixen Zuschlägen bei Frischfleisch und die Herabsetzung der Zinsätze preisintensiv wirken. Im ganzen also gibt die Regierung Wechsel auf die Zukunft und berichtet von dem Erfolg in der Preisbildung, die zurückzuführen ist auf den Niedergang der Getreidepreise. Gerade aber bei den Getreidepreisen wollte die Reichsregierung eine Steigerung herbeiführen, weil es nach ihrer Meinung nicht möglich ist, daß die Landwirte mit den Weltmarktpreisen rentabel wirtschaften können. Als die Bälle allein noch nicht genügen, wurden auch Einfuhrzölle eingeführt, die die Wirkung der Bälle sichern sollen. Man möchte demnach es als eine Niederlage der Regierungspolitik ansehen, daß die Getreidepreise sich auf einem Tiefstand befinden, der tatsächlich den Landwirten keinen Nutzen mehr läßt. Vielleicht wird diese Erkenntnis dazu führen, daß man die Wirkung von Zöllen genauer beobachtet, daß man unterscheidet zwischen dem Einfluß dieser Hilfsmittel in der Vorkriegszeit und jetzt, auf Waren, die dem Weltmarkt angehören, und auf solche, die in der Hauptweise vom Binnenmarkt abhängig sind. Man wird dann leicht merken, daß der Weltmarkt gegenüber der Vorkriegszeit ein sehr geändertes Aussehen erhalten hat, weil jedes Land im Hinblick auf etwaige Kriege, die nach menschlichem Ermessen der Weltkrieg und die ihn bedingenden Friedensverträge mit sich bringen müssen, auf Deckung des Bedarfs im eigenen Lande bedacht ist. Es bemüht sich demnach jedes Land, seinen Ueberfluß möglichst an den Mann zu bringen und seinen Bedarf auf das äußerste einzuschränken. Die Folge ist ein Ueberangebot von Ueberflußprodukten und eine minimale Nachfrage nach Bedarfsartikeln. Gleich stark macht sich diese Erscheinung bei Erzeugnissen der Industrie und des Bodens bemerkbar. Da aber Bodenerzeugnisse nun einmal nicht fassbar werden können, insondern die Länder gerade Bodenerzeugnisse als die besten Mittel zur Erreichung einer aktiven Handelsbilanz ansehen, und da Rußland, früher einer der größten Weltlieferanten, wieder um als Abgeber aufzutreten ist, obwohl für seine Erzeugnisse zum großen Teil inzwischen Deckung durch Selbstproduktion geschaffen wurde, ist ein Ueberangebot an der Preisbildung lediglich eine Folge der Geldknappheit in den Ueberflußländern.

Die Getreidepreise werden nach alter Erfahrung von demjenigen Abgeber diktiert werden, der am nötigsten Geld braucht. Und ein Schutz gegen zu niedrige Preise besteht für Deutschland nur darin, daß man die Landwirtschaft in den Stand versetzt, ihren Geldbedarf durch langfristige Kredite zu decken. Solange das nicht möglich ist, wird man an angemessene steuerliche Behandlung und an eine möglichst niedrige Abhaltung der Preise für Produktionsmittel denken müssen. Das ist aber nicht geschehen. Statt dessen hat man die Produktionsmittel, die zum großen Teil nicht vom Weltmarkt abhängig sind, sondern deren Preise auf dem Binnenmarkt festgesetzt werden, durch Schutzzölle erhöht, ohne der Landwirtschaft ein Gegengewicht bieten zu können. Wir im Osten wissen wohl, daß, nachdem nun einmal Schutzzölle eingeführt sind, die unsern Landwirten keinen Nutzen bringen, wohl aber großen Schaden dem Getreidehandel, namentlich auch Einfuhrzölle notwendig sind, obwohl der Einfuhrzölle ein und für sich wenig Befürworter bei rechtlich denkenden Wirtschaftlern finden wird. Aber wir wissen, daß der Getreidehandel in Ostpreußen und besonders in Königsberg, mit dem das Gedeihen unserer Wirtschaft auf das engste verbunden ist, jetzt nur noch durch die Einfuhrzölle hochgehalten werden kann, und daß ihm auch sonst alle Erleichterungen zugeführt werden müssen, die nur möglich sind, um ihn auf der Höhe zu halten. Was aber die Bedeutung der Einfuhrzölle für eine Preisbildung anbetrifft, so kann man darin wohl nur einer Meinung sein. Die prinzipielle Frage aber steht dahin: kann die Reichsregierung überhaupt Preise senken, kann der Reichskanzler Luther als Diktator Wirtschaftsgeschehen ändern? Wir verneinen diese Frage ganz besonders darum, weil es der Reichsregierung noch gar nicht klar zu sein scheint, daß unsere Preisgestaltung, die sich gewiß nicht mehr überall nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage abspielt, nicht nur die Schuld irgendwelcher künstlicher Kaufleute ist. Das Vorgehen der Regierung gegen die Kartelle, die zweifellos die Macht zum Preisbitteln haben, wäre sehr begrüßenswert, wenn dieses Vorgehen tatsächlich die Schuldigen treffen würde. Dazu aber hat Herr Luther bei allen seinen diktatorischen Fähigkeiten denn doch nicht die Macht, weil er gar nicht den Mut abgeben kann, auf dem er sitzt. Das Vorgehen gegen die Kartelle war eine Farce. Betroffen wurden nur schwache Kartelle, d. h. solche, die auf die Preisbildung an und für sich wenig Einfluß haben, und gewiß nicht die, die den eigentlichen Produktionsprozeß in den Händen haben. Jumeist dürften die Kartellgerichte die Ringe anspannen, die sich um Veredelung oder Handel beschäftigen.

Das Problem unserer Zeit ist die Preissteigerung trotz überwiegender Angebots. Die alte Regel heißt, daß Preise gebildet werden durch Angebot und Nachfrage auf der Basis der Produktionskosten plus Risikoprämie. Dieses Gesetz ist aufgestellt worden in einer Zeit, in der sich die Wirtschaft fast aller Länder im Aufschwung befand, d. h. in einer Zeit, in der mehr geschaffen als verbraucht wurde, in der also das Vermögen der Völker im Anwachsen begriffen war. Das ist bei uns gewiß nicht mehr der Fall. Es steht sogar zu befürchten, daß unser Verbrauch höher ist als unser Einkommen, daß demnach eine Minderung unseres Vermögens eintritt; trotzdem aber ist die Kaufkraft nicht groß genug, um die Produktion dem Verbraucher zuzuführen, und der verminderte Umsatz bei hohen Geldzinsen bedingt hohe Verdrüßspanne. Ob die Tatsache der Vermögensminderung nicht auch einen schwerwiegenden Einfluß auf die Preisbildung hat, bliebe noch zu untersuchen. Es wäre durchaus denkbar, daß die hohen Preise volkswirtschaftlich gesehen nichts weiter sind als eine automatische Schutzmaßnahme gegen zu hohen

Verbrauch. Wäre die Preisbildung vollständig in der Willkür der Produzenten oder der Konumenten, dann müßte entweder die Produktion sehr viel verdienender oder der Konsum sehr billig leben. Tritt aber die Verteuerung erst in dem Zwischenhandel ein, dann müßte es dem Zwischenhandel besonders gut gehen. Von alledem ist nichts zu merken. Vielleicht sollte man das Wort des Grafen Kanis noch viel weiter interpretieren, daß man nämlich überallhin das Debetjaldo des verlorenen Krieges hinzufügen muß. Gewiß wird es hier und da im Handel und in der Produktion Auswüchse geben, gewiß kann die Ueberziehung des Handels wie des Geldverkehrs und der Produktion ihr Teil an der Teuerung haben. Aber ob eine Ausschaltung dieser Ueberziehung, d. h. eine Zunahme der vollständig Arbeitslosen — wenn man nämlich alle überflüssigen Glieder der Wirtschaft mehr oder weniger als verkappte Arbeitslose ansieht — zu einer Verbilligung führen würde, erscheint bei der dann eintretenden noch stärkeren öffentlichen Belastung durchaus fraglich. Die Lösung des Preisproblems für Deutschland liegt wohl auch in der Hand aller beteiligten Wirtschaftskreise, aber den entscheidenden Einfluß hat die Reichsregierung mit ihrer Zoll- und Steuerpolitik, durch die dem Volksganzen der schwerste Schaden zugefügt wird. Br.

Tschitscherin bei Luther-Strefemann.

Um den Abschluß des Handelsvertrages.

(Eigene Drahtung der „Hartungschen Zeitung“)

B. D. Berlin, 2. Oktober. Nach dem ursprünglich angestellten Programm sollte der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, Donnerstag nachmittag um 5 Uhr zu einer Besprechung vom Reichsaussenminister Dr. Strefemann empfangen werden. Darin trat indessen eine zeitliche Verschiebung ein. Nach dem Empfang Tschitscherins durch den Reichskanzler Dr. Luther trat das Reichskabinett am Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Das Reichskabinett beschäftigte sich in dieser Sitzung mit Fragen, die die Konferenz von Locarno betreffen und des Weiteren auch mit den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, die gegenwärtig infolge der Anwesenheit des russischen Volkskommissars Tschitscherin in Berlin eine besondere Bedeutung erlangt haben. Es ist bekannt, daß diese Verhandlungen die eine zeitlang einen wenig aussichtsreichen Verlauf nahmen, in der letzten Zeit günstige Fortschritte gemacht haben. Selbstverständlich hat man nun die Gelegenheit, die sich durch die persönliche Anwesenheit Tschitscherins in Berlin bietet, dazu benutzt, um die Verhandlungen, wenn möglich, dem Abschluß näher zu bringen. Man darf annehmen, daß das Reichskabinett von diesem Gesichtspunkte aus zu den deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen eingehend Stellung genommen hat. Die Ministerbesprechungen scheinen aber nach unseren Informationen noch nicht endgültig abgeschlossen zu sein.

Bis zur Entscheidung über die Unterzeichnung des deutsch-russischen Handelsvertrages scheint es noch der Klärung einzelner Fragen zu bedürfen, über die auch wohl in der Donnerstagsabendsbesprechung des Reichsaussenministers Dr. Strefemann mit Tschitscherin noch keine völlige Verständigung erzielt worden ist.

Doch rechnet man daran, daß die Fortsetzung der Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen wird. Man erwartet den Abschluß des Handelsvertrages, der nicht bloß ein Provisorium, sondern ein Definitivum darstellen soll, noch vor der Abreise der deutschen Delegation nach Locarno.

Beginn der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

W. B. Warschau, 2. Oktober. Am Donnerstag abend ist die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin abgereist. Die Delegation erhielt den Auftrag, die Verhandlungen auf der Grundlage der deutschen Vorschläge durchzuführen.

Macdonald gegen den Versailler Vertrag.

W. B. London, 2. Oktober. Auf der Konferenz der Arbeiterpartei in Liverpool führte Macdonald aus: Wenn die Arbeiterpartei wieder aus Ruher läme, würde ihre erste Handlung sein, einen industriellen Ausschuss einzusetzen, welcher die Wirkungen des Dawesplanes auf die britischen Industrien beobachten müßte. Die Arbeiterpartei würde, wenn dies möglich wäre, den Versailler Vertrag ablehnen. Dieser Vertrag sei eine furchterliche Regelung. Es sei ein Frieden, der fast so schlimm in seinen Wirkungen sei, wie der Krieg war.

Was die europäische Lage betreffe, so sei es als ein Fortschritt zu betrachten, daß die Reparationsfrage von dem Gebiet politischer Vorurteile aus das der wirtschaftlichen Erwägungen übergeführt worden sei. Die Arbeiterpartei habe ihre Gegnerschaft gegen den Garantiepakt, über den gegenwärtig verhandelt werde, klar zum Ausdruck gebracht. Sobald bekannt sei, welche Vereinbarungen getroffen seien, werde eine internationale/sozialistische Völkerkonferenz einberufen werden, um der internationalen Arbeiterklasse ein Urteil über die Bedeutung des Paktes und die ihm gegenüber zu befolgende Politik zu ermöglichen.

Loche spricht in Washington.

W. B. Washington, 1. Oktober. In der Eröffnungssitzung der interparlamentarischen Union sprach als einer der ersten Diskussionsredner Reichspräsident Loche. Er führte u. a. aus: Deutschland hat bereits abgerüstet. Das vom Präsidenten Coolidge aufgestellte Abrüstungsprogramm muß erweitert werden, damit der Friede in ganz Europa einzieht. Während in Europa seit

1914 nur Rückschritte zu verzeichnen sind, haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika in einer Schnelligkeit entwickelt, die erstaunlich ist. Es erscheint mir zweifelhaft, ob Europa jemals bis zu dem Entwicklungstadium, den die Vereinigten Staaten heute schon erreicht haben, gelangen wird.

Vor Locarno.

An der Spiegelfechtere, die auf deutschnationales Verlangen vor der Ratifizierung aufgeführt wurde, sind, wie einer unserer Berliner Mitarbeiter richtig betont, auch die beiden anderen Regierungsparteien mitschuldig, die durch ihre Passivität die Durchsetzung dieser verheerenden nationalistischen Pläne erleichterten.

Da ist zunächst die Deutsche Volkspartei. Diese Partei hat sich, seitdem sie um die Wende des Jahres 1923 nach rechts ausschwenkte, immer mehr unter die Botmäßigkeit der deutschnationalen Begebenen. Hinsichtlich der inneren Politik könnte man sich darüber nach der ganzen Entwicklung der Deutschen Volkspartei nicht so sehr wundern; aber daß sie jetzt auch in auswärtigen Dingen die Vorkämpfer ihres Bruders von der rechten Seite deckt, das muß einigermaßen in Erstaunen setzen. Denn ihr Führer ist doch derselbe Augenminister Strefemann, gegen dessen Richtlinien die deutschnationale Volkspartei während seiner ganzen Ministerstätigkeit schärfste Opposition gemacht, ja, den sie persönlich auch noch zu einer Zeit sehr ungeschön befehlet hat, als längst deutschnationale Minister mit ihm in dem gleichen Kabinett saßen. Nun ist es zwar sehr christlich gedacht, dem Gegner, wenn man von ihm einen Streich auf die rechte Wade bekommen hat, auch die linke hinzubehalten. Aber in dem vorliegenden Falle handelt es sich gar nicht um persönliche Zwistigkeiten, vielmehr um schwerwiegende sachliche Meinungsverschiedenheiten, und da muß sich die Badenkreuz-Theorie denn doch kleine Änderungen gefallen lassen. Es sah auch in der letzten Zeit so aus, als wenn selbst der deutschvölkische Wurm sich krümmen wollte, wenn er getreten wurde: die Auseinandersetzungen zwischen der „Nat.-Lib. Korv.“ und der Rechtspresse nahmen derartige Schärfe an, daß man sich auf allerlei Gesäht machen konnte. Aber siehe da: Strefemann beugte sich dem Diktat der deutschnationalen Volkspartei und mit ihm die gesamte Deutsche Volkspartei.

Auch dem Zentrum muß man den Vorwurf machen, daß es gegenüber der anmaßenden Unfähigkeit der Rechtspartei nicht die genügende Rückgratstärke gezeigt hat. Es ist zwar anzuerkennen, daß seine Stellung im Kabinett eine andere ist als die der Deutschen Volkspartei. Aber wer will glauben, daß es keinen Einfluß auf die Entscheidungen des Ministerrates ausüben kann? Wenn wir uns recht entsinnen, hat das Zentrum auch seinerzeit bei der Bildung des Kabinetts Luther seine Beteiligung hauptsächlich damit begründet, daß es die Absicht habe, deutschnationale Vorheiten in der Außenpolitik zu hinterreiben. Diese Furcht hat es arg vernachlässigt. Was nicht es, daß Zentrumsbücher hinterher sehr zutreffend die üblen Folgen des jüngsten Memorandums kennzeichnen und die deutschnationalen Treibereien an den Pranger stellen? Jetzt ist es zu spät. Und wenn das Zentrum es nicht über sich gewinnen konnte, zur rechten Zeit auf Grund seiner besseren Einsicht Widerspruch dagegen zu erheben, daß man den deutschnationalen Gesanten ungeführt im Vorjellanladen herumspazieren läßt, dann muß es auch dulden, daß es mit einem Teil der Verantwortung dafür belastet wird.

Wir erwarten, daß diese Parteien fortan die nötige Widerstandskraft gegen Abweichungen von einer Politik aufwenden werden, die sie selber als zutreffend und maßgebend anerkennen. Zweifellos gibt es sogar in der deutschnationalen Volkspartei Leute, die wissen, was dem Deutschen Reich heute nottut. Aber sie stehen unter dem Druck der Geister, die sie selber aus demagogischen Rücksichten gerufen haben. Es kann nicht Sache der anderen Regierungsparteien sein, ihnen dabei zu helfen, daß sie sie wieder loswerden; das ist die eigene Angelegenheit der deutschnationalen Volkspartei. Sogar der übrigen Regierungsparteien ist es, dafür zu sorgen, daß das Staatsgeschiff auf politisch dem Kurs innehält, in dem es mit ihrer Zustimmung bisher gefeuert wurde!

Wie wir erfahren, wird die deutsche Delegation für die Sicherheitspaktverhandlungen heute Freitag um 9 Uhr nach Locarno abreisen. Die Strecke, die der Sonderzug nehmen wird, steht noch nicht fest.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

(Eigene Drahtung der „Hartungschen Zeitung“)

B. D. Berlin, 2. Oktober. Donnerstag nachmittag empfing der Reichsfinanzminister die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, die ihm ihre Wünsche auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung vortrugen.

Sie schilderten die bedrängte wirtschaftliche Lage aller Beamtengruppen, besonders derjenigen der Geringbesoldeten und bezeichneten eine Erhöhung der Bezüge als unabweisbar notwendig. In längerer Aussprache wurden alle hierauf bezüglichen Fragen eingehend erörtert und der Reichsfinanzminister machte eingehende Ausführungen über die allgemeine Wirtschaftslage und über die Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die erstere sei als sie dargestellt wird. Eine Erhöhung der Bezüge dürftestend den Beamten auf die Dauer keine Besserung der Lebenslage bringen, da eine allgemeine Gehaltsverhöhung der großen Masse der öffentlichen Beamten und Angestellten bei der jetzigen Wirtschaftslage ein Steigen der Preise befürchten lasse.

Der Reichsfinanzminister gab der Meinung Ausdruck, daß die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Länderregierungen eine Erhöhung der Beamtenbezüge zurzeit nicht

Königsberger Nachrichten.

Mitarbeit der Kommunen im Kampfe gegen den nahen Tod.

Von Staatssekretär Dr. Dr. Th. Lewald.

Die schlechten Wohnungsverhältnisse, die wirtschaftliche Not und der Wunsch, einen Ausweg zu schaffen gegen die Gleichförmigkeit des Dienstes, veranlassen die Jugendlichen der Arbeit, trieb die heranwachsende Jugend zu Spiel und Sport, trieb sie hinaus auf die Freizeitanlagen der Vereine, an die Ufer der Flüsse und Seen.

Am härtesten werden die Gefahren im und am Wasser werden. Die Jugend, gleich welchen Alters, liebt die Gefahr und achtet nicht auf die Warnungen. Die Jugend liebt Luft, Licht und Sonne und sucht sie dort, wo sie diese eben finden kann.

Die Gefahr ist, daß die Jugendlichen in die Gefahr der Ertrinkung verfallen. In den letzten 15 Jahren ertranken nach den Angaben des Statistischen Amtes in Preußen 25 000 junge Menschen unter 15 Jahren. Hinzu kommen noch 30 000 im Alter bis zu 24 Jahren.

Die Gesamtzahl der Todesfälle durch Ertrinken betrug in den 15 Jahren 634 439 Personen. Abgesehen vom namenlosen Jammer, den der Tod von über 4 000 Menschen alljährlich in den Familien hervorruft, gehen unserem Volke unbeschreibliche ethische und materielle Werte verloren.

Diesem Verlust an Volkskraft und Volksermögen leben die Kommunalverwaltungen fast tatenlos zu. In Berlin erforderten 1923 Ruhr, Scharlach, Diphtherie noch nicht so viel tote wie die Unglücksfälle durch Ertrinken, 323 : 337. Selbst die Influenza tötet mit 444 Todesfällen wenig höher.

Die Unterfütterung der Arbeiten jener wackeren Männer, Frauen, Mütter und Mädchen ist für die Gemeinden nicht unerwichtig. Einem vorbildlichen Rettungsdienst hat die Stadt Offenbach a. M. gemeinsam mit der D.M.G. eingerichtet.

Sie ist der Weg gezeigt worden, der zur Abhilfe führt. Jede Gemeinde, die nicht mitschuldig werden will, muß diesen Weg beschreiten und ihn ausbauen. Wir gestatten uns, folgende Vorschläge zu machen:

1. Die Gemeinde usw. tritt dem betreffenden Bezirk der D.M.G. bei.

2. Die Gemeinde ernannt einen Vertreter, der gemeinsam mit der Gesellschaft den Rettungsdienst organisiert.

3. Durch Bereitstellung von Booten, Fahrräubern, Booten, und Räumen wird ein erfolgreiches Arbeiten gewährleistet.

4. In allen Schulen und öffentlichen Anstalten gelangen Plakate zum Aushang, die in leicht verständlicher Weise die Maßnahmen zur Rettung Ertrinkender zeigen.

5. In allen Schulen müssen die Rettungs- und Befreiungsgriffe regelmäßig geübt werden. Das kann auch im Winter, wenn keine Bademöglichkeit vorhanden ist, geschehen.

Auf diesem Wege lassen sich mit von jeder Verwaltung aufzubringenden Mitteln leicht die Maßnahmen treffen, die eine wirksame Bekämpfung der Todesfälle durch Ertrinken sichern. Hiermit muß die

Erteilung von Schwimmunterricht und die Anleitung der Lehrer gleichen Schritt halten. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, der unter Führung der Deutschen Turnerische und des Deutschen Schwimm-Verbandes alle führenden Verbände für Lebensrettungen angehören, wird stets bereit sein, geeignete Damen und Herren zur Verfügung zu stellen, die Lehrgänge usw. leiten können.

Reichen sich so Kommunalverwaltungen und freie Hilfsgemeinschaft die Hände, dann wird reicher Segen aus dieser Zusammenarbeit erwachsen. Unserem Vaterlande gilt unsere Arbeit. Sie steht im Dienst der Menschenliebe.

Arbeitermangel auf dem Lande.

Es ist bekannt, daß vor dem Kriege eine starke Anwanderung von ländlichen Arbeitsträgern zur Stadt erfolgte und daß auch jetzt noch, wenn auch durch das Eingreifen der Wohnungsämter weitestgehend behindert, ein solcher Drang zur Stadt besteht. Andererseits ist der Weg aus der Stadt auf das Land sehr lang, nur unter großen Schwierigkeiten gelingt die Vermittlung städtischer Arbeiter, auch wenn sie früher einmal landwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt haben, wieder zur Landarbeit.

Der Mangel an Landarbeitern in der ostpreussischen Landwirtschaft ist, wie die Nachrichtenstelle des Magistrats schreibt, so groß, daß das Landesarbeitsamt bereits mit westdeutschen Bezirksämtern in Verbindung getreten ist, um aus der dortigen Industrie und insbesondere aus dem Bergbau Rückvermittlungen in die ostpreussische Landwirtschaft vorzunehmen.

Das gilt vor allem auch für die heranwachsende Jugend. Wer insbesondere von den männlichen Jugendlichen Lust und Liebe zu geübter landwirtschaftlicher Tätigkeit zeigt, möge bei Bauern in den Dienst treten. Die vom öffentlichen Arbeitsnachweis auf das Land vermittelten Jugendlichen sind zum allergrößten Teile dort geblieben und haben ihren Berufswahl nicht bereut.

Im Königsberger Verein für Luftfahrt mittel, wird sich der Besuch Dr. Ekeners in Königsberg nach folgendem Programm vollziehen: Sonnabends Ankunft und Empfang am Bahnhof vormittags 9,14 Uhr; 11,30 Uhr Empfang auf dem Rathaus, anschließend 12,15 Uhr Pressevertreter-Empfang im Rathaus; abends 8,30 Uhr Besuch des Ostpreussischen Provinzial-Feuerwehr-Verbandestages im Messe-Hauptrestaurant und von 9 1/2 Uhr Beisammensein mit seinen Freunden im Zentralthotel.

Staatsmittel für Ostpreußen. Im Hauptauschuß des preussischen Landtages wird am Montag der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln für die Schnellbahnlinie Swinemünde-Billau beraten, weiter der Antrag auf Erziehung einer landwirtschaftlichen Versuch- und Forschungsanstalt in Ostpreußen.

Deutsch-demokratischer Parteitag in Königsberg. Am 10. und 11. Oktober findet, wie bekannt, der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei Ost- und Westpreußens in Königsberg statt.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, dessen Referat in Aussicht genommen war, kann wegen der schwedischen Handelsvertrags-Verhandlungen nicht erscheinen. Gingen haben ihre Teilnahme zugesagt die Reichstagsabgeordneten Hr. v. Richthofen und Schucht, sowie der Landtagsabgeordnete Meinde. Die Festrede für den Großen deutschen Abend hat der Berliner Polizei-Präsident Dr. Friedensburg übernommen. Eröffnet und geleitet wird der Parteitag von dem Landtagsabgeordneten Dr. Grzimek.

Von der Staats- und Universitäts-Bibliothek. Wie wir erfahren, ist der außerplanmäßige Bibliothekar Dr. Günther Goldschmidt an der hiesigen Staats- und Universitätsbibliothek zum planmäßigen Bibliothekar ernannt worden.

Regierungsdirektor Bierfig im Ruhestand. Albert Bierfig, Leiter der Abteilung für Domänen und Forsten der hiesigen Regierung, ist auf Grund des Altersgrenzen-Gesetzes am 1. Oktober in den Ruhestand getreten.

Herr Bierfig, geboren in Danzig, hat auf der hiesigen Universität studiert und ist 1886 als Gerichtsreferendar zur allgemeinen Verwaltung übernommen worden. Von 1888 bis 1897 war er als Regierungsdirektor bei der Regierung in Gumbinnen tätig, als Domänenbesitzer und als zweites ernanntes Mitglied des Bezirksauschusses. Von 1897 bis 1910 war er Regierungsdirektor und Domänen-Departementsrat bei der Regierung in Stettin, von 1910 bis 1920 als Oberregierungsrat bei der Abteilung für Domänen und Forsten bei der Regierung in Bromberg, 1920 in gleicher Eigenschaft nach Königsberg versetzt, hat er die hiesige Domänenabteilung von 1920-1925 geleitet. Regierungsdirektor Bierfig hat sich durch seine reichen Erfahrungen und seine Sachkunde um das von ihm bearbeitete Spezialgebiet der Verwaltung große Verdienste erworben.

Goldenes Jubiläum. Am Donnerstag feierte Apothekenbesitzer Stadtrat a. D. Böhmner das fiftente Jubiläum seines Berufs Jubiläum. Eine Anzahl seiner Kollegen und Freunde hatten sich in der Wohnung des Jubilars eingefunden, um ihm in schlichter Feier ihre Glückwünsche zu überbringen. Es sprachen die Apothekenbesitzer Stadtrat Guttman, Petrenz und Rosenthal für die Apothekerkammer, den Gau Ostpreußen und für den Verein Königsberger Apothekenbesitzer. In all den Ansprachen wurde der allgemeinen Achtung und Verehrung Ausdruck gegeben, deren sich der Geehrte in weiten Kreisen erfreut. Herr Böhmner konnte diesen Tag in ungewöhnlicher Geistes- und Körperfrische begehen.

Jahrplanverbesserungen im Verkehr mit dem Reich. Im Winterfahrplanabschnitt werden im Reich folgende, insbesondere für den Osten wichtige Fahrplanverbesserungen durchgeführt: Der Nachtzug Köln-Berlin über Magdeburg ist früher gelegt. Er traf bisher auf Bahnhof Friedrichstraße 7,54 Uhr früh ein, wird künftig dort aber schon 7,15 Uhr ankommen, wodurch der Anschluss nach Rostock-Köpenhagen gesichert und nach Stettin-Danzig-Königsberg erreichbar sein wird. Der Breslauer Schnellzug (Berlin, Friedrichstraße ab 9,47 Uhr vormittags), wird künftig in Guben um 12,02 Uhr mittags halten. Die Stadt Guben erhält dadurch eine weitere beschleunigte Verbindung mit Berlin und den Industrieorten Oberhavelns. Es werden ferner die im Sommer eingelegten Zugpaare Göttingen ab 6,30 Uhr nachmittags, Dresden ab 10,46 Uhr abends, zurück 6,30 Uhr morgens, Göttingen ab 10,28 Uhr über Frankfurt (Oder) - Kottbus im Winterabschnitt beibehalten. Für die Beziehungen zwischen Ostpreußen und Stettin mit Dresden bleibt daher die jüngst geschaffene gute Verbindung bestehen. Die Möglichkeit, ohne polnisches Güter von Deutschland nach Danzig zu gelangen, ist durch Dampfer gegeben. Die Dampferverbindung Swinemünde-Zoppot-Billau (Montag und Donnerstag im Anschluss zum Zuge von Berlin 7 Uhr abends und Mittwoch und Sonnabend 8,30 Uhr vormittags ab Pillau) bleibt auch während des Winters bestehen.

Lohnsteuerabgaben des Reichsfinanzministeriums. Die im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Tabellen zum Ablesen des Steuerabzuges vom Arbeitslohn sind, wie uns vom Landesfinanzamt geschrieben wird, fertiggestellt und können durch die Reichsdruckerei in Berlin bezogen werden. Der Preis der Tabelle für zweifelhafte und tägliche Entlohnung beträgt 0,25 M., der für wöchentliche Entlohnung 0,50 und der für monatliche Entlohnung 1,25 M. Ein Verkauf der Tabellen durch die Finanzämter findet nicht statt.

Einwohner-Musik-Verein Königsberg. Einwohner-Musik-Verein Königsberg. Einwohner-Musik-Verein Königsberg.

Für die Freiheit der Kunst.

Aufruf.

Kunst muß frei sein. Ganz gleich, in welcher Weltanschauung, welcher Gesinnung sie wurzelt. Nur dann wird sie ihre Sendung erfüllen können: Die Menschen zum schöpferischen Miterlebnis großer Gefühle zu führen.

Wieder einmal scheint diese Freiheit bedroht, schwerer vielleicht als je. Denn nicht um kunstfeindliche Anschläge privater Gruppen handelt es sich heute, wie in den Kampftagen der lex Heinke. Die Gefahr erwächst diesmal aus den beherrschenden Mächten oder doch aus einer sich greifenden bedenklichen Auslegung dieser Gesetze. Nicht soll den Gesetzen das Recht bestritten werden, die Verfassung des Staates vor gewalttätigen Angriffen zu schützen. Aber es kann nicht Aufgabe des Staates oder seiner Organe sein, Gesetze zu ergreifen, die den Künstler in seiner Freiheit beschränken oder vernichten, — und auch nicht die Verhinderung irgendeiner Gesinnung, solange sie in künstlerischer Form geschieht und deshalb „revolutionär“ nur in jenem allgemeinen Sinne wirken kann, der den Gedanken einer bestimmten planmäßigen Aktion ausschließt.

Die Fälle aber mehren sich, in denen „staatsfeindliche“ Gesinnung auch im Kunstwerk gerichtlich verfolgt wird. Neben den Strafgesetzbuchparagrafen über Hochverrat und Aufreizung zum Klassenhaß wird vor allem auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik vorgegangen. Und nicht nur untergeordnete Instanzen verfolgen das künstlerische Schaffen: daran geht der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik mit bedauerlichem Beispiel.

Beschlagnahme wurde ein Buch der Veritha Kask, das historische Bauerndrama „Thomas Münzer“. Anklage wurde erhoben gegen den Dichter Johannes R. Becker wegen verächtlicher, aus ihrem Zusammenhang gerissener, den Aufruhr verherrlichender Verse in einer Sammlung seiner Gedichte. Gegenüber dem jungen Klaeber verfiel ein Gerichtshof Einziehung seiner Skizzen-Sammlung „Barricaden an der Ruhr“. Dazu tritt als vielleicht arges die vom Staatsgerichtshof in Leipzig erfolgte Verurteilung des Schauspielers Wolf Gartner zu der ungeheuerlichen Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, obgleich dieser Schauspieler nichts anderes begehrt, als daß er bei einer erlaubten kommunikativen Revolutionärer in Stuttgart nicht konfiskierte Gedichte revolutionären Inhalts vortrug und eine Sprecheraufführung leitete, in der mit primitiven künstlerischen Mitteln die Befreiung politischer Gefangener

dargestellt wurde. Erschüttert steht man vor der Tatsache dieser fünf Vierteljahre Gefängnis für einen Menschen, der nichts tat, als jene durch Druck allgemein verbreiteten und nicht verbotenen Verse zu sprechen, einen Menschen, dessen ideale Gesinnung das Gericht selbst anerkennt!

Aber es gilt hier keineswegs, Mitgefühl mit dem Unglück eines einzelnen zu betonen. Ebensovienig: für die Ideen der mit ihm verfolgten Partei zu ergreifen. Es gilt vielmehr, das künstlerische Schaffen als solches vor der Gefahr weiterer Beeinträchtigungen zu befreien! Was heute jenen geschah, die aus ihrer Gesinnung heraus künstlerische Werte zu gestalten suchten — ganz gleich, ob man sie als gelungen betrachten will —, das kann morgen auch Andersgesinnten austun. Wo kann die Grenze für das geagene werden, was der Kunst in der Gestaltung politischer Gesinnung erlaubt sein soll? Lebt nicht in hundert Werken, und zwar den besten, ein Geist der Auflehnung gegen gesellschaftliche und staatliche Einrichtungen? Wer birgt uns heute dafür, daß nicht einmal Staatsanwälte und Gerichte auch gegen Schillers „Münzer“ und „Tell“, gegen Büchners „Danton“ oder Hauptmanns „Weber“ vorgehen, und gar jene ins Gefängnis werfen, die solchen Werken auf der Bühne Leben geben?

Organisationen völlig unpolitischer Charakters, Männer und Frauen jeglicher politischer Gesinnung, einzig aber in der Überzeugung, daß eine Fortentwicklung unserer Kultur unbedingt eines freien künstlerischen Schaffens bedarf, erheben hiermit als Unterzeichner Protest gegen die Verfolgung von Künstlern und Kunstwerken. So darf es nicht weitergehen! Auch die Würde des Staates ist in Gefahr! Ein Staat, der nicht die Autonomie der Kunst und die Freiheit der Religion und die Ausübung beider frei gewährleistet, kann nicht verlangen, als Kulturstaat bewertet zu werden.

Handelt es sich um eine solche Anwendung der Gesetze, so haben die verantwortlichen Stellen die Pflicht, durch einseitige Erklärungen dieser Art ein Ende zu machen. Sehen die Verantwortlichen Stellen in dem geschilderten Vorgehen die richtige Auslegung der Gesetze, so heißt es, diese selbst so rasch wie möglich umzugestalten! An die breiteste Öffentlichkeit ergeht der Ruf, diese Forderungen zu unterstützen. Erhebt die Ihr mit uns in der Freiheit der Kunst ein höchstes Gut, überall eure Stimme! Reigt geschlossen den Organen des Staates, daß es des Volkes Wille ist: Freiheit aller künstlerischen Schaffens!

Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger: Ridel, Wallauer, Goethe-Bund: Fritz Engel, Dr. Ludwig Fulda, Hermann Ebnard, Jacob. Schupferband Deutscher Schriftsteller: Dr. Monty Jacob, Verband Berliner Theaterkünstler: Dr. Emil Faktor, Gemeinschaft für neue Theaterkultur: Bardach, Gewerkschaft Deutscher Geistesarbeiter: Theat. Carl Fries, Welt-Jugendliga: Fritz H. Schulz, Volksbühne e. V.: Springer, Rest. Verband der deutschen Volks-

bühnenvereine: Staatssekretär Baake, Dr. Restriepke, Berliner Geceffion: Eugen Spiro, Charlotte Berend-Corinth, Kartell Lyrischer Autoren: Alfred Rich, Meyer, Geschäftsführer. Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands: Otto Marcus, Verband deutscher Kunsttrierer: Dr. Max Osborn, Vereinigung der Freunde von Religion und Völkergütern: Fraxer August Dieier, Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten e. V.: Dr. Goldbaum, Schriftführer. Ferner unterzeichneten den Aufruf u. a.: Julius Bab, Hermann Bahr, Intendant Paul Bekker, Chefredakteur Georg Bernhardt, Professor Dr. Oscar Wie, Generalmusikdirektor Leo Blech, Max Brod, Paul Casirer, Max Deri, Reichsminister a. D. Dernburg, Dr. Alfred Döblin, Käthe Dörich, Louise Dumont, Professor Dr. Einstein, Herbert Gulenberg, Gertrud Gysolt, Dr. Lion Feuchtwanger, Dr. Hans W. Fischer, E. Fischer, Chefredakteur Hellmut v. Gerlach, Heinrich George, Alexander v. Gleichen-Rudwurm, Dr. Ludwig Goldstein, Alexander Granach, Senatspräsident Dr. Hermann Grolmann, Walter Grafenlober, Intendant Carl Hagemann, Dr. Max Halbe, Intendant Ernst Harbt, Julius Hart, Gustav Hartung, Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Dr. Kurt Hiller, Hugo v. Hofmannsthal, Felix Holländer, Oberpräsident D. Höring, Siegfried Jacobsohn, Intendant Leopold Jessner, Herbert Jhering, Georg Kaiser, Generalintendant Albert Kehm, Bernhard Kellermann, Hermann Kienzl, Professor Dr. Alfred Klar, Klubud, Eugen Kloeber, Annette Kolb, Professor Georg Kolbe, Professor Käthe Kollwitz, Paul Kornfeld, Direktor Dr. Alwin Kronacher, Intendant Ernst Legal, Rudolf Leonhard, Professor Dr. h. c. Max Liebermann, Direktor Gustav Lindemann, Reichstagspräsident P. Lobe, Oskar Loerke, Heinz Mann, Thomas Mann, J. Meier-Graefe, Gerda Müller, Professor Dr. Eppenheimer, Erich Otto, Mitglied des Präsidiums der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger, Max Ballenberg, Dr. Alfons Raquet, Professor Dr. Wilhelm Peters, Leo Pentert, Robert Reithel, Reichsminister a. D. Professor Dr. Gustav Rabbrud, Hans José Rehfisch, Erich Reiss, Ernst Rowohlt, Intendant Leopold Sachs, Felix Salten, Intendant Professor Dr. Max v. Schilling, Wilhelm Schmidton, Wilhelm v. Scholz, Professor Franz Schreier, Professor L. Schüding, Professor Dr. Hugo Sinzheimer, Professor Max Slevogt, Hermann Ströber, Agnes Straub, Professor Dr. Fritz Strich, Ernst Toller, Gertrud Lönies, Fritz v. Unruh, Hermann Vallentin, Clara Wiebig, Armin J. Wegner, Intendant Richard Weichert, Dr. Bruno Wille, Eduard v. Winterstein, Professor Dr. Philipp Witkop, Dr. Alfred Wolfenstein, Chefredakteur Theodor Wolff, Raul Pech, Direktor Erich Ziegel, Dr. Leopold Ziegler, Professor Heinrich Bille, Stefan Zweig